

## **Abwägungsprotokoll**

### **5. Änderung des Gemeinsamen Flächennutzungsplans für den Bereich Bebauungsplan Nr. 19 "Solarpark Dunke" der Gemeinde Bensdorf**

für die Gemeindevertretung der Gemeinde Bensdorf am 06. Mai 2024

über die während der frühzeitigen Beteiligung der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden nach § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 2 Abs. 2 BauGB sowie während der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB eingegangenen Anregungen zum Vorentwurf des o.g. 5. Änderung des Gemeinsamen Flächennutzungsplans.

Mit Schreiben vom 19.12.2023 wurden die Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und die Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 2 Abs. 2 BauGB über die Aufstellung der o.g. 5. Änderung des Gemeinsamen Flächennutzungsplans informiert und unter Fristsetzung bis zum 06.02.2024 zur Abgabe einer Stellungnahme zur 5. Änderung des Gemeinsamen Flächennutzungsplans aufgefordert. In der Zeit vom 02.01.2024 bis einschließlich 06.02.2024 fand die Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB statt. Nachstehende Anregungen gingen während der Beteiligungsfrist ein.

#### Inhaltsverzeichnis

Tabelle 1	Aufstellung der mit Schreiben vom 19.12.2023 beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden
Tabelle 2	Aufstellung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden, die keine Stellungnahme abgegeben haben
Tabelle 3	Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der Nachbargemeinden
Tabelle 4	Aufstellung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die zugestimmt bzw. keine Bedenken und Anregungen geäußert haben Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit

**Tabelle 1    Aufstellung der mit Schreiben vom 19.12.2023 beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange  
Nachbargemeinden, die eine Stellungnahme abgegeben haben**

Nr.	Träger öffentlicher Belange	Posteingang
1	Gemeinde Milower Land, Milower Land	02.01.24
2	GDMcom GmbH, Leipzig	03.01.24
3	Amt Ziesar	05.01.24
4	E.DIS Netz GmbH, Jüterbog	05.01.24
5	Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg, Potsdam	08.01.24
6	50Hertz Transmission GmbH, Berlin	15.01.24
7	Land Brandenburg, Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe, Cottbus	22.01.24
8	Stadt Genthin	16.01.24
9	Land Brandenburg, Landesamt für Bauen und Verkehr, Cottbus	18.01.24
10	Land Brandenburg, Landesbetrieb Forst Brandenburg, Untere Forstbehörde, Bad Belzig	19.01.24
11	Land Brandenburg, Gemeinsame Landesplanungsabteilung, Potsdam	25.01.24
12	Abfallwirtschaft Potsdam-Mittelmark GmbH, Niemegk	26.01.24
13	Land Brandenburg, Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung, Potsdam	30.01.24
14	Amt Wusterwitz Gebäude- und Grundstücksmanagement	30.01.24
15	Landkreis Potsdam-Mittelmark	06.02.24
16	Land Brandenburg, Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg	06.02.24
17	Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR, Potsdam	06.02.24
18	Land Brandenburg, Landesamt für Umwelt, Potsdam	06.02.24
19	Stadt Brandenburg an der Havel	06.02.24
20	Land Brandenburg, Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum	18.01.24

**Tabelle 2    Aufstellung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden, die keine Stellungnahme abgegeben haben**

Nr.	Träger öffentlicher Belange
1	Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming
2	Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum Abt. Denkmalpflege, Wünsdorf
3	Deutsche Telekom Technik GmbH
4	EMB Erdgas Mark Brandenburg GmbH, Potsdam
5	NBB Netzgesellschaft Berlin - Brandenburg mbH & Co.KG, Berlin
6	Wasser- und Bodenverband Untere Havel-Brandenburg/Havel
7	Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg, Dienststätte Potsdam
8	Polizeipräsidium Potsdam, Schutzbereich Brandenburg, Brandenburg
9	Zentraldienst der Polizei, Kampfmittelbeseitigungsdienst, Zossen
10	BIMA Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Berlin
11	BVVG Bodenverwertungs und -verwaltungs GmbH
12	Landesjagdverband Brandenburg e.V., Michendorf
13	Waldkleeblatt - Natürliche Zauche e.V., Beelitz OT Fichtenwalde
14	Freier Wald e.V., Zossen OT Kallinchen
15	Industrie- und Handelskammer Potsdam, Potsdam
16	Amt Wusterwitz für die Gemeinden Bensdorf und Rosenau, Wusterwitz
17	Stadt Jerichow, Jerichow
18	Sächsische Vogelschutzwarte Neschwitz

**Tabelle 3 Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der Nachbargemeinden**

Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
<b>1</b>	<b>Gemeinde Milower Land</b> Friedensstraße 86 14715 Milower Land	02.01.24	Seitens der Gemeinde Milower Land bestehen gegenwärtig keine Bedenken oder Anregungen zum Entwurf des FNP. Es wird darauf hingewiesen, dass in der Gemarkung Nitzahn, unmittelbar an der Grenze zur Gemeinde Bensdorf, die Errichtung des Solarparks "Knoblauch Süd" geplant ist. Der Aufstellungsbeschluss und der Einleitungsbeschluss zur 2. Änderung des Flächennutzungsplans im Parallelverfahren wurde in der Sitzung der Gemeindevertretung Milower Land am 29.06.2022 gefasst.	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.  Der geplante Solarpark "Knoblauch Süd" der Gemarkung Nitzahn ist ab ca. 2 km entfernt und beeinflusst das Plangebiet nicht.
<b>2</b>	<b>GDMcom GmbH</b> Maximilianallee 4 04129 Leipzig	03.01.24	GDMcom GmbH erteilt Auskunft für folgende Anlagenbetreiber:  Erdgasspeicher Peissen GmbH, Hauptsitz Halle --> keine Betroffenheit Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen), Hauptsitz Schwaig b. Nürnberg --> keine Betroffenheit ONTRAS Gastransport GmbH, Hauptsitz Leipzig --> keine Betroffenheit VNG Gasspeicher GmbH, Hauptsitz Leipzig --> keine Betroffenheit Im angefragten Bereich befinden sich keine Anlagen und keine zurzeit laufenden Planungen der o.g. Anlagenbetreiber. Es bestehen keine Einwände gegen das Vorhaben. Sollte der Geltungsbereich bzw. die Planung erweitert oder verlagert werden, ist eine erneute Anfrage durchzuführen.	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
<b>3</b>	<b>Amt Ziesar</b> <b>Fachbereich Bauen</b> Mühlentor 15 A 14793 Ziesar	05.01.24	Das Amt Ziesar sieht seine Interessen und Belange durch die Planung nicht berührt und erhebt keine Einwendungen.	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.
<b>4</b>	<b>E.DIS Netz GmbH</b> Luckenwalder Berg 7 14913 Jüterbog	05.01.24	<p>Vorbehaltlich weiterer Abstimmungen zur Sicherung des Anlagenbestandes und Beachtung der Anmerkungen bestehen gegen die Planung keine Bedenken. Die Stellungnahme bezieht sich ausschließlich auf das Mittel- und Niederspannungsnetz der E.DIS Netz GmbH. Für die im Bereich verlaufende 110 kV-Hochspannungsfreileitung wird eine separate Stellungnahme der Abteilung Hochspannung ergehen.</p> <p>Im Bereich des Plangebietes befinden sich Leitungen und Anlagen des Unternehmens. Aktuelle Planauskünfte können online im Planauskunftsportal unter <a href="https://www.e-dis-netz.de/de/energie-service/kundenservice/planauskunftsportal.html">https://www.e-dis-netz.de/de/energie-service/kundenservice/planauskunftsportal.html</a> angefordert werden. Eventuell notwendige Änderungen an den Anlagen sind rechtzeitig abzustimmen.</p> <p>Die Stellungnahme beinhaltet keine Zusage zum Anschluss des Solarparks an das Versorgungsnetz, da hierzu eine vertragliche Vereinbarung mit dem Investor im Ergebnis einer netztechnischen Prüfung erforderlich ist, welche nach Antragstellung in einem gesonderten Verfahren durch die zuständigen Fachabteilungen durchgeführt wird.</p>	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.

Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Hinweise, welche bei der weiteren Planung zu berücksichtigen sind:</p> <p>Netzbetrieb</p> <p>Um einen sicheren Netzbetrieb und eine schnelle Störungsbeseitigung zu gewährleisten, wird darauf geachtet, die Leitungstrassen von Baumbepflanzungen freizuhalten. Es ist erforderlich, im Rahmen der konkreten Planung von Pflanzmaßnahmen im Bereich öffentlicher Flächen, eine Abstimmung durchzuführen. Es wird gebeten, das Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen zu beachten.</p> <p>Kabel</p> <p>Zu den vorhandenen elektrischen Betriebsmitteln sind grundsätzlich Abstände nach DIN VDE 0100 und DIN VDE 0101 einzuhalten. Vorhandene und in Betrieb befindliche Kabel dürfen weder freigelegt noch überbaut werden. Zur Gewährleistung der geforderten Mindesteingrabetiefen sind Abtragungen der Oberfläche nicht zulässig. In Kabelnähe ist Handschachtung erforderlich.</p>	Die Hinweise sind im nachfolgendem Bauantragsverfahren zu berücksichtigen.
5	<p><b>Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg</b></p> <p><b>Derernat 21.1 Geodätischer Raumbezug</b></p> <p>Heinrich-Mann-Allee 104 B</p> <p>14473 Potsdam</p>	08.01.24	<p>Durch die vorgesehenen Anpassungen der Planung sind keine amtlichen Lage- und Höhenfestpunkte gefährdet. Aus Sicht der LGB steht dem Vorhaben nichts entgegen.</p> <p>Es wird gebeten, von einer weiteren Beteiligung im Rahmen dieses Verfahren abzusehen.</p>	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.

[illegible]

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
8	<b>Stadt Genthin</b> Marktplatz 3 39307 Genthin	16.01.24	Zu den Planunterlagen bestehen keine weiteren Einwände und Hinweise. Die bauleitplanerischen Belange der Stadt Genthin werden nicht berührt.	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.
9	<b>Land Brandenburg</b> <b>Landesamt für Bauen und Verkehr</b> Außenstelle Cottbus PSF 10 07 44 03007 Cottbus	17.01.24	Der eingereichte Vorgang wurde geprüft. Die gegenüber dem Entwurf vom 31.05.2023 zwischenzeitlich in die Planungsunterlagen eingearbeiteten Änderungen wurden zur Kenntnis genommen. Aus verkehrsbehördlicher Sicht des Landes, bezogen auf die Belange der zum Zuständigkeitsbereich des LBV gehörenden Verkehrsbereiche Eisenbahn / Schienenpersonennahverkehr, Binnenschifffahrt, ziviler Luftverkehr und übriger ÖPNV, bestehen weiterhin keine Einwände. Ob und in welchem Umfang Belange der v.g. Bereiche im Einzelnen berührt sein könnten, wird bzw. wurde im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung geprüft. Durch die verkehrsplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.
10	<b>Land Brandenburg</b> <b>Landesbetrieb Forst Brandenburg</b> <b>Untere Forstbehörde</b> Waldfrieden 11 14806 Bad Belzig	19.01.24	Die erneute Beteiligung am Planverfahren lässt keine Waldbetroffenheit erkennen.	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.





lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Laut Katasteramt liegt unsere Wendestelle teilweise mit auf dem Flurstück 22. Sollte wirklich die Einzäunung der Fläche auf der Flurstücksgrenze erfolgen, würde unsere Wendestelle wegfallen und es muss ortsnahe Ersatz geschaffen werden, da sonst eine Vorortentsorgung von Dunke nicht mehr erfolgen kann.</p> <p><u>1. Rechtliche Grundlagen - unabhängig von baurechtlichen Normen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Abfallentsorgungssatzung (AbfES) des Landkreises Potsdam-Mittelmark in der jeweils gültigen Fassung</li> <li>- Unfallverhütungsvorschriften bzw. Berufsgenossenschaft Vorschriften, DGUV Vorschrift 43 "Müllbeseitigung" sowie DGUV Information 214-033 Nr. 5 und DGUV-Regeln 114-601</li> <li>- Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen, RAS 06 mit Korrektur Stand 15.12.2008</li> </ul> <p><u>2. Fahrzeugtechnik des Landkreises Potsdam-Mittelmark zur Abfallentsorgung</u></p> <p>Die Abfallentsorgung erfolgt mit unterschiedlicher Fahrzeugtechnik. Es sollte beachtet werden, dass die Maße für die größten eingesetzten Fahrzeuge wie folgt sind:</p> <p>Länge: 11,10 m          Breite: 2,55 m Überhang vorn: 1,00 m, Überhang hinten: 2,60 m ohne Radius          Radradius: 0,54 m</p>	<p>Eine mögliche Veränderung der Wendestelle soll im Zusammenhang mit der Errichtung der Zufahrt im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens geprüft werden, so dass ortsnahe ein Ersatz geschaffen werden kann.</p>

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p><u>3. Kriterien für die Errichtung von Erschließungsstraßen</u></p> <p>Fahrzeuge dürfen nur auf Fahrwegen oder in Bereichen betrieben werden, die ein sicheres Fahren ermöglichen. Das bedeutet:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Berücksichtigung der höchstzulässigen Fahrzeugbreite gem. StVZO zuzüglich Sicherheitsabstand zu beiden Seiten</li> <li>- ausreichende Tragfähigkeit (bis 30 t)</li> <li>- Gestaltung muss so erfolgen, dass in den Kurvenbereichen die Schleppkurven der eingesetzten Müllfahrzeuge berücksichtigt werden</li> <li>- Bemessung muss so sein, dass an den Ein- und Ausfahrten mindestens die Schleppkurve der eingesetzten Müllfahrzeuge berücksichtigt wird, dies gilt auch für Pflanzinseln, Bäume und ausgewiesene Parkplätze</li> <li>- Gestaltung muss so erfolgen, dass eventuelle Bodenschwellen von Müllfahrzeugen problemlos überfahren werden können</li> <li>- Gestaltung muss so erfolgen, dass eventuelle Steigungen und Gefälle von Müllfahrzeugen gefahrlos befahren werden können</li> <li>- eine lichte Durchfahrtshöhe von mindestens 4 m zuzüglich Sicherheitsabstand muss gegeben sein, insbesondere Äste und Straßenlaternen dürfen nicht in das Lichtprofil ragen</li> <li>- weiterhin ist zu beachten, dass die Straße und ggf. der Gehweg so angelegt werden, dass durch die Bereitstellung der Abfallbehälter sowohl für den Straßenverkehr als auch für den Fußgängerverkehr keine Gefahren oder Behinderungen zu befürchten sind</li> </ul>	

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p><u>4. Stichstraßen</u></p> <p>Gemäß § 16 DGUV "Abfallsammlung" ist dem Fahrpersonal ein Rückwärtsfahren ohne Einweiser untersagt. Deshalb ist am Ende von Stichstraßen eine geeignete Wendeanlage in Form eines Wendekreises, einer Wendeschleife bzw. eines Wendehammers vorzusehen. Wendekreisdurchmesser lt. Hersteller für dreiachsige Entsorgungsfahrzeuge: 23,60 m (besser ist jedoch nicht kleiner als 25,00 m lt. Praxis).</p> <p><u>5. Privatstraßen</u></p> <p>Sollte die Entsorgung an den Grundstücken nur durch Befahren einer Privatstraße möglich sein, wird darauf hingewiesen, dass die dazu notwendige Dienstbarkeit in den Grundbüchern der/des Eigentümer/s einzutragen ist. Ohne diesen Nachweis erfolgt eine Befahrung von Privatstraßen nicht.</p>	

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p><u>6. Einrichtung von Sammelplätzen</u></p> <p>Bei Straßen u. Wohnwegen, die von Müllfahrzeugen nicht befahren werden dürfen, müssen für die Müllbehälter und Wertstoffsäcke der Anlieger entsprechend dimensionierte Sammelplätze im Bereich der Einmündung in die nächste für das Müllfahrzeug befahrbare Straßen angelegt werden. Folgende Vorgaben sind dabei zu berücksichtigen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Sammelplätze sind in den Bebauungsplan aufzunehmen und entsprechend zu erläutern</li> <li>- Käufer der Grundstücke sind im Rahmen des Kaufvertrages darauf hinzuweisen, dass jegliche Abfälle im Bringsystem an den ausgewiesenen Sammelplätzen zur Abholung bereitzustellen sind</li> <li>- Sammelplätze sind so anzulegen, dass weder Fußgänger- noch der Straßenverkehr gefährdet oder behindert werden</li> <li>- Sammelplätze müssen so angefahren werden können, dass das Laden problemlos möglich ist</li> <li>- Fläche des Sammelplatzes ist auf die Anzahl der zukünftigen Nutzer abzustimmen</li> <li>- eine zumutbare Transportentfernung der Abfallbehälter zum Sammelplatz sollte nicht überschritten werden</li> </ul>	

Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p><u>7. Abfallwirtschaftliche Aspekte bei der Einrichtung von Straßenbaustellen</u></p> <p>Während der Bauphase ist die Absicherung der Entsorgungsleistung sicherzustellen. Dafür ist die Kennzeichnung der Behältnisse und die Abstimmung der Sammelplätze mit der APM GmbH erforderlich (mind. 14 Tage vor Baubeginn).</p> <p>Eine ordnungsgemäße Abfallentsorgung im Bereich von Straßenbaustellen bedarf folgender Voraussetzungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- eine feste, d.h. bis 30 t belastbare Fahrbahn</li> <li>- Bodenwellen oder -senken sind soweit wie möglich zu minimieren, Fahrbahnen, aus denen Kanaldeckel oder Deckel von Straßenabläufen hervorstehen, können nicht befahren werden</li> <li>- Mindestdurchfahrtsbreite von 3,55 m ist zu gewährleisten</li> <li>- während Abfuhrtage ist die Durchfahrt dauerhaft sicherzustellen</li> </ul>	
13	<p><b>Land Brandenburg</b>  <b>Landesamt für Ländliche Entwicklung,</b>  <b>Landwirtschaft und Flurneuordnung</b>            Seeburger Chaussee 2            14476 Potsdam</p>	25.01.24	<p>Die betroffenen Flächen der Gemarkung Bensdorf, Flur 33, Flurstücke 19, 21, 22 und 32 (Teilflächen) liegen nicht im laufenden Bodenordnungsverfahren "Wusterwitz". Daher ist eine Stellungnahme entbehrlich.</p>	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.
14	<p><b>Amt Wusterwitz</b>  <b>Gebäude- und Grundstücksmanagement</b>            August-Bebel-Straße 10            14789 Wusterwitz</p>	30.01.24	<p>Die öffentliche Wasserver- und Abwasserentsorgung ist von der Planung nicht berührt.</p>	Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.



lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Grundsätzlich ist zu beachten, dass sich jeder, der auf den Boden einwirkt, so zu verhalten hat, dass schädliche Bodenveränderungen nicht hervorgerufen werden können. Darüber hinaus ist gemäß § 7 BBodSchG derjenige, der Verrichtungen auf einem Grundstück durchführt oder durchführen lässt, verpflichtet, Vorsorge gegen das Entstehen schädlicher Bodenveränderungen zu treffen, die durch ihre Nutzung auf dem Grundstück oder in dessen Einwirkungsbereich hervorgerufen werden können.</p>	
15.4	<b>Landkreis Potsdam-Mittelmark</b> <b>Fachdienst Umwelt</b> <b>Untere Naturschutzbehörde</b>		<p>Rechtserheblicher Hinweis  Es wird die Berücksichtigung der "Gemeinsamen Arbeitshilfe PV-FFA - Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten für Kommunen im Land Brandenburg" empfohlen.</p>	<p>Die Gemeinsame Arbeitshilfe Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten für Kommunen im Land Brandenburg wird in den Planunterlagen berücksichtigt, Abweichungen werden begründet.</p>



lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
<b>15.5</b>	<b>Landkreis Potsdam-Mittelmark Fachdienst Landwirtschaft</b>		<p>Die für das Planvorhaben vorgesehenen Flächen werden derzeit von der Agrar GmbH Märkisch Bensdorf bewirtschaftet.</p> <p>Der Fachdienst Landwirtschaft weist darauf hin, dass die Umsetzung des Planvorhabens mit dem Bewirtschafter im Einvernehmen erfolgen soll, sodass die landwirtschaftlichen Belange daran angepasst werden können.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass jeder Entzug von landwirtschaftlich genutzter Fläche nicht mehr für die Erzeugung von Nahrungsmitteln und somit nicht für die Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung steht. Die notwendige Ausweitung der solaren Kapazitäten sollte vorrangig auf Flächen mit einem hohen Versiegelungsgrad, auf Dächern, ehemaligen Militärstützpunkten oder Siedlungs- und Konversionsflächen erfolgen. Acker oder Grünland sollten nur im Ausnahmefall in Anspruch genommen werden.</p> <p>Unter Berücksichtigung der vorgenannten Hinweise liegen vom Fachdienst Landwirtschaft keine Bedenken gegenüber dem Planvorhaben vor.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Umsetzung des Vorhabens erfolgt im Einvernehmen mit den Grundstückseigentümern und in Abstimmung mit den Bewirtschaftern.</p> <p>Die Nutzung von landwirtschaftlicher Fläche zur Energieerzeugung wird in den Planunterlagen ausführlich begründet.</p> <p>Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.</p>

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
<b>15.6</b>	<b>Landkreis Potsdam-Mittelmark Fachdienst Gesundheit</b>		<p>Das Vorhaben wurde fachamtlich anhand vorgelegter Begründung bezüglich der Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch geprüft.</p> <p>Die Wohngebäude und Grundstücke der Siedlung Dunke liegen westlich der PV-Anlage und weniger als 100 m von den Photovoltaikanlagen entfernt.</p> <p>Desweiteren verläuft hier auch die Gemeindestraße zwischen Vehlen und Dunke.</p> <p>In Bezug auf das Schutzgut Mensch, menschliche Gesundheit sind die Einflussfaktoren Blendung / Lichtreflektion im weiteren Verfahren abzu prüfen und ggf. sind Schutzmaßnahmen durch natürlichen Sichtschutz, wie Hecken- und Baumstreifenbepflanzung vorzusehen.</p> <p>Das Plangebiet liegt außerhalb von Trinkwasserschutzzonen.</p> <p>Es ergehen zu den eingereichten Unterlagen zum jetzigen Stand keine weiteren Hinweise, Anregungen und Einwendungen.</p>	<p>Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch, menschliche Gesundheit und die Einflussfaktoren Blendung / Lichtreflektion werden innerhalb des parallel geführten B-Plan-Verfahrens im Umweltbericht dargestellt.</p> <p>Schutzmaßnahmen durch natürlichen Sichtschutz, wie Hecken- und Baumstreifenbepflanzung vorzusehen, werden im parallel geführten B-Plan-Verfahren festgesetzt.</p> <p>Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.</p>

Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
<b>15.7</b>	<b>Landkreis Potsdam-Mittelmark Fachdienst Öffentliches Recht / Kommunalau- sicht / Denkmalschutz, Bereich Untere Denkmalschutzbehörde</b>		<p>Belange des Baudenkmalschutzes sind nicht betroffen.</p> <p>Nach derzeitigem Kenntnisstand sind im Plangebiet keine Bodendenkmale bekannt.</p> <p>Jedoch ist nicht ausgeschlossen, dass sich aufgrund der siedlungstopographisch günstigen Lage im Boden Bodendenkmale erhalten haben, die bisher nicht bekannt sind. Auf die Stellungnahme des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum wird verwiesen.</p> <p>Unabhängig davon können jederzeit bei mit Erdeingriffen verbundenen Baumaßnahmen Bodendenkmale z.B. in Form von Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Scherben, Knochen, Stein- oder Metallgegenstände entdeckt werden. Diese sind unverzüglich der Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum anzuzeigen.</p> <p>Der Fund und die Fundstelle sind mindestens bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung des Fundes zu schützen. Funde sind dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseums zu übergeben.</p>	<p>Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die benannten Verpflichtungen für den Fall einer Entdeckung bisher unbekannter Bodendenkmale werden im parallel geführten B-Plan-Verfahren festgesetzt.</p>

Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
16	<b>Land Brandenburg</b> <b>Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg</b> <b>Mittelstraße 5/5a</b> 12529 Schönefeld	06.02.24	Es wird auf die Stellungnahme vom 07.07.2023 (Az: 4121-50180/02167LF/2023) unter Aufrechterhaltung der getroffenen Aussagen und erteilten Hinweise verwiesen. Die leichte Änderung der Fläche hat keine Auswirkungen auf die ursprüngliche Einschätzung. Hinweise: 1. Sollten die geplanten Inhalte/Gebiete des Planvorhabens geändert werden, wird darum gebeten, die entsprechenden Planunterlagen bei der Luftfahrtbehörde erneut zur Prüfung einzureichen. 2. Zur Abklärung eventueller militärischer Belange bitte an das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Postfach 2963, 53019 Bonn wenden. 3. Weitere Informationen über die Lage und Hindernisfreiflächen zu einzelnen Landesplätzen finden Sie unter: " <a href="https://lubb.berlin-brandenburg.de/aufgaben/flugplaetze-berlin-brandenburg">https://lubb.berlin-brandenburg.de/aufgaben/flugplaetze-berlin-brandenburg</a> ".	<i>Abwägung vom 23.11.2023</i>
			<i>Stellungnahme vom 07.07.2023:</i>	

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p><i>Das Planungsgebiet befindet sich im Zuständigkeitsbereich der LuBB. Die Belange der zivilen Luftfahrt werden aus luftverkehrsrechtlicher Sicht durch das Verfahren nicht berührt. § 18a LuftVG (Störung von Flugsicherungseinrichtungen) steht dem Vorhaben nicht entgegen. Es bestehen derzeit keine Bedenken gegen das geplante Vorhaben. Sollten die geplanten Inhalte/Gebiete geändert werden, wird darum gebeten, die entsprechenden Planunterlagen erneut zur Prüfung einzureichen. Zur Abklärung evtl. militärischer Belange wird gebeten, sich an das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Postfach 2963, 53019 Bonn zu wenden.</i></p>	<p><i>Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.</i></p>
17	<p><b>Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR</b> Lindenstraße 34 14467 Potsdam</p>	06.02.24	<p>Die bereits abgegebene Stellungnahme vom 24.07.2023 wird aufrechterhalten. Es wird um eine weitere Beteiligung im Verfahren gebeten. Für den Fall, dass in dieser Sache ein das Verfahren beendender Bescheid ergeht (Zustimmung, Ablehnung, Einstellung) beantragen wir deren Übersendung mit Eingangsbestätigung vorzugsweise per E-Mail. Stellungnahme vom 24.07.23:</p>	<p>Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.</p>

Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Das Plangebiet ist landwirtschaftliche Nutzfläche im unbebauten Offenlandbereich. Aus Sicht der Naturschutzverbände spielt für das Erreichen der nationalen klima- und energiepolitischen Ziele und zur Umsetzung der Energiewende ein <u>naturverträglicher</u> Ausbau von PV-Anlagen eine wichtige Rolle. Zum Schutz von Natur und Landschaft sollten Flächenkapazitäten im Innenbereich (Wohn-, Industrie- und Gewerbebauten) ausgeschöpft werden und bevorzugt auf Flächen mit hohem Versiegelungsgrad bzw. hoher Bodenverdichtung <u>außerhalb</u> von Schutzgebieten errichtet werden. Auch sollten innovative Nutzungen wie "Agri-PV-Fläche" in Betracht gezogen werden. Naturschutzfachliche Belange müssen bei der Standortwahl hinsichtlich der Größe und Gestaltung der PV-Freiflächenanlagen und bei der Errichtung, dem Bau und dem Betrieb, der Umsetzung von Aufwertungsmaßnahmen sowie bei Wartung und Rückbau der PV-Freiflächenanlagen eine entsprechende Berücksichtigung finden.</p> <p>Grundsätzlich sind vorh. Landschaftsstrukturen zu erhalten, aufzuwerten und zu ergänzen. PV-Freiflächenanlagen sollten bevorzugt auf Flächen mit hohem Versiegelungsgrad bzw. hoher Bodenverdichtung errichtet werden. Gebiete mit hochwertigem Landschaftsbild und ökologisch hochwertigen Flächen ohne Schutzstatus (Fortpflanzungs- und Ruhestätten sowie Nahrungsflächen besonders geschützter Arten) sind für die Bebauung von PV-Freiflächenanlagen auszusparen.</p>	<p>Die Planung auf der Grundlage des aktuellen Baurechts erfolgt mit dem Ziel, mit der Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Energieträgern, den Ausstoß an CO<sub>2</sub> zu verringern und damit dem Klimawandel entgegen wirken soll. Gemäß Beschluss des Bundestages soll die deutsche Stromversorgung deutlich schneller auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Die Auswirkungen auf Natur und Umwelt werden im Umweltbericht ausführlich erfasst und vollständig mit Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen berücksichtigt. Die Nutzung von landwirtschaftlicher Fläche zur Energieerzeugung wird in den Planunterlagen ausführlich begründet.</p> <p>Ein überwiegendes Interesse an der solaren Nutzung besteht auch aufgrund von § 2 EEG. Aufgrund der Bedeutung der Nutzung erneuerbarer Energie sollte der geplanten Nutzung der Vorrang eingeräumt werden.</p>

Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>PV-Freiflächenanlagen stellen aus Sicht des Umwelt- und Naturschutzes gemäß § 14 Abs. 1 BNatSchG i.d.R. einen Eingriff in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild dar. Da durch PV-Anlagen Landschaften zerschnitten, Barrieren für wandernde Tierarten aufgebaut, Bodenflächen versiegelt und das Landschaftsbild beeinträchtigt werden, können die daraus resultierenden negativen Auswirkungen auf die Fauna nicht abgeschätzt werden. Welchen Einfluss das Plangebiet auf den Flugkorridor der Großtrappen zwischen Fiener Bruch und Havelländisches Luch haben kann, kann nicht abgeschätzt werden. Es wird auf das Verschlechterungsverbot hingewiesen. Der bereits nachgewiesene Rückgang der Artenvielfalt wird durch Lebensraumverluste in Folge von Überbauung und Nutzungsänderungen wesentlich weiter vorangetrieben. Der Schutz der Biodiversität muss deutlich stärker Berücksichtigung finden. Deshalb sollte auch die Planung darauf abzielen, den Arten-/Natur-/Landschaftsschutz neben der Bebauung gleichberechtigt zu betrachten. Es werden Bedenken angemeldet, da die Planfläche, wenn auch nur zeitlich begrenzt, der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen wird, erheblichen Einfluss auf den Fortbestand geschützter Arten hat und für den Landschaftsraum bereits eine Vielzahl ähnlicher Planvorhaben bestehen. Es wird um die weitere Einbeziehung in das Verfahren sowie die Zustellung des Abwägungsergebnisses gebeten.</p>	<p>Die Auswirkungen auf Natur und Umwelt werden im Umweltbericht ausführlich erfasst und vollständig mit Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen berücksichtigt.</p> <p>Im Plangebiet vorhandene Tierarten wurden im Artenschutzfachbeitrag erfasst und dazu erforderliche Schutzmaßnahmen in der Planung berücksichtigt.</p>

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
18	<b>Land Brandenburg</b> <b>Landesamt für Umwelt</b> Postfach 60 10 61 14410 Potsdam	06.02.24	<p>Die Unterlagen wurden von Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft des Landesamtes für Umwelt zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung wird eine Stellungnahme der Fachabteilung Immissionsschutz übergeben. Die Fachabteilung Wasserwirtschaft zeigt keine Betroffenheit. Eine Stellungnahme aus dem Fachbereich Naturschutz kann aus Kapazitätsgründen nicht erfolgen.</p> <p>Immissionsschutz Innerhalb der Änderungsfläche liegen keine Immissionsorte im Sinne des BImSchG und auch im Rahmen der angedachten Planung keine errichtet werden sollen, entfällt ein Schutzanspruch in Bezug auf die Belange des Immissionsschutzes. In einem relevanten Abstand zum Änderungsbereich befinden sich mit der Ortslage Dunke Immissionsorte im Sinne des BImSchG. Mögliche Blendwirkungen oder Lärmbeeinträchtigungen sind in nachfolgenden Verfahren der Bauleitplanung bzw. der Baugenehmigung näher zu betrachten.</p> <p>Es ist jedoch erkennbar, dass die geplante Änderung durchführbar ist, ohne schutzwürdige Bebauung unzulässig zu beeinträchtigen. In einem zu beachtenden Abstand zur Erweiterungsfläche befinden sich keine bekannten Anlagen, welche den Anforderungen der 12. BImSchV unterliegen.</p> <p>Umweltbericht Hinsichtlich der Belange des Immissionsschutzes maßgeblich sind die Schutzgüter Mensch / menschliche Gesundheit, Klima und Luft. Den entsprechenden Ausführungen im Umweltbericht kann gefolgt werden.</p>	<p>Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Mögliche Blendwirkungen oder Lärmbeeinträchtigungen werden in den nachfolgenden Verfahren der Bauleitplanung bzw. im Baugenehmigungsverfahren näher betrachtet.</p> <p>Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.</p>



lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Abwägung
19	<b>Stadt Brandenburg an der Havel</b> Klosterstraße 14 / Haus A 14770 Brandenburg an der Havel	06.02.24	Entsprechend des Abwägungsprotokolls zum Vorentwurf wurden die Hinweise zur eventuellen Inanspruchnahme des Gebietes der Stadt Brandenburg an der Havel für Netzanschlussmaßnahmen berücksichtigt. Hinweis: Derzeit sind mehrere Planungen von Solarparks im Bereich des angrenzenden Amtes Wusterwitz und der Gemeinde Milower Land bekannt. Zwar befindet sich der hier geplante Solarpark Dunke ca. 3 km vom Gebiet der Stadt Brandenburg an der Havel entfernt, jedoch empfiehlt es sich im Sinne einer vorausschauenden Planung, die kumulativen Auswirkungen der geplanten und bereits vorhandenen Solarparks in der näheren bzw. weiteren Umgebung im Zuge der Umweltprüfung oder einer übergemeindlich abgestimmten Standortkonzeptes für PV-Freiflächenanlagen im Sinne der interkommunalen Abstimmung gemäß § 2 Abs. 2 BauGB zu betrachten und zu bewerten, um insbesondere auch den Landschaftsraum und das Landschaftsbild im Bereich der gemeinsamen Gebietsgrenzen vor technischen Überprägungen und Überlastungen zu schützen. Weitere Hinweise und Anmerkungen zur Planung gibt es nach dem jetzigen Planungsstand nicht.

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
20	<b>Land Brandenburg</b> <b>Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege</b> <b>und Archäologisches Landesmuseum</b> <b>Abteilung Bodendenkmalpflege</b> Wünsdorfer Platz 4-5 15806 Zossen	18.01.24	<p>Im Bereich des Vorhabens sind derzeit keine Bodendenkmale im Sinne des Gesetzes über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg registriert.</p> <p>Fast im gesamten Vorhabenbereich besteht jedoch aufgrund fachlicher Kriterien die begründete Vermutung, dass hier bislang noch nicht aktenkundig gewordene Bodendenkmale im Boden verborgen sind.</p> <p>Die Vermutung gründet sich u.a. auf folgende Punkte:</p> <p>1) Bei den ausgewiesenen Bereichen handelt es sich um Areale, die in der Prähistorie siedlungsgünstige naturräumliche Bedingungen aufwiesen, da sie ehemals in Niederungs- bzw. Gewässernähe an der Grenze unterschiedlicher ökologischer Systeme lagern. Nach den Erkenntnissen der Urgeschichtsforschung in Brandenburg stellten derartige Areale aufgrund der begrenzten Anzahl siedlungsgünstiger Flächen in einer Siedlungskammer Zwangspunkte für die prähistorische Besiedlung dar.</p>	<p>Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die konkreten Belange der Bodendenkmalpflege werden in den nachfolgenden Verfahren der Bauleitplanung bzw. im Baugenehmigungsverfahren näher betrachtet.</p>

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>2) Die ausgewiesenen Flächen entsprechen in ihrer Topographie derjenigen der bekannten Fundstellen in der näheren Umgebung.</p> <p>3) In Teilen des Vermutungsbereiches deuten Bodenfunde (Fundplatz Vehlen 7) bereits auf das Vorhandensein von Bodendenkmalen hin.</p> <p>Auflagen im Bereich von Bodendenkmal-Vermutungsflächen: Die Termine der Erdarbeiten in den ausgewiesenen Bodendenkmalvermutungsbereichen sind daher sowohl der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde als auch dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum, Referat Großvorhaben, zwei Wochen im Voraus mitzuteilen.</p> <p>Sollten während der Bauausführung bei Erdarbeiten - auch außerhalb der als Bodendenkmalvermutungsbereich gekennzeichneten Flächen - Bodendenkmale (Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Knochen, Tonscherben, Metallgegenstände u.ä.) entdeckt werden, sind diese unverzüglich der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum anzuzeigen.</p>	

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Die Entdeckungsstätte und die Funde sind bis zum Ablauf einer Woche unverändert zu erhalten, damit fachgerechte Untersuchungen und Bergungen vorgenommen werden können. Gemäß BbgDSchG § 11 (3) kann die Denkmalschutzbehörde diese Frist um bis zu 2 Monate verlängern, wenn die Bergung und Dokumentation des Fundes dies erfordert. Besteht an der Bergung und Dokumentation des Fundes aufgrund seiner Bedeutung ein besonderes öffentliches Interesse, kann die Frist auf Verlangen der Denkmalfachbehörde um einen weiteren Monat verlängert werden. Die Denkmalfachbehörde ist berechtigt, den Fund zur wissenschaftlichen Bearbeitung in Besitz zu nehmen.</p> <p>Werden in den ausgewiesenen Vermutungsbereichen und darüber hinaus archäologische Dokumentationen notwendig, so hat die/der Träger/in des Vorhabens nach Maßgabe der §§ 7 (3), 9 (3)-(4) und 11 (3) BbgDSchG sowohl die Kosten der fachgerechten Dokumentation im Rahmen des Zumutbaren zu tragen als auch die Dokumentation sicherzustellen.</p>	

Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Empfehlung im Bereich von Bodendenkmal-Vermutungsflächen:</p> <p>Um Bauverzögerungen zu vermeiden und bereits Planungssicherheit zu erhalten, ist für Bereiche, in denen Bodendenkmale begründet vermutet werden, die Einholung eines archäologischen Fachgutachtens durch die/den Vorhabenträger/in empfohlen, sofern in diesen Bereichen Bodeneingriffe geplant sind. In dem Gutachten ist mittels einer Prospektion zu klären, inwieweit Bodendenkmalstrukturen von den Baumaßnahmen im ausgewiesenen Vermutungsbereich betroffen sind und in welchem Erhaltungszustand sich diese befinden.</p> <p>Bei einer bauvorbereitenden Prospektion handelt es sich um eine kostengünstige und schnell durchführbare Maßnahme: in den ausgewiesenen Bereichen werden in einem Abstand von 25m Bodenproben entnommen und nach kulturellen Hinterlassenschaften (Tonscherben, Knochen, Metallgegenstände u.ä.) untersucht. Fällt das Ergebnis positiv aus, sind weitere bodendenkmalpflegerische Maßnahmen abzuleiten und i.d.R. bauvorbereitend durchzuführen.</p>	

lfd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Fällt das Ergebnis negativ aus, kann im untersuchten Abschnitt auf weitergehende Schutz- und Dokumentationsmaßnahmen verzichtet werden. In Abhängigkeit von den technischen Voraussetzungen kann das Gutachten ggf. auch baubegleitend erstellt werden.</p> <p>Flächen oder Trassen, die lediglich während der Bauzeit genutzt werden (z.B. Bau- und Materiallager und auch Arbeitsstraßen) sollten nicht im Bereich von Bodendenkmal-Vermutungsflächen eingerichtet werden bzw. nur dort, wo bereits eine Versiegelung des Bodens vorliegt. Durch den notwendigen Oberbodenabtrag und das verstärkte Befahren dieser Flächen mit schwerem Baugerät sowie durch mögliche Bagger- oder Raupenaktivität o.ä. Eingriffe in den Untergrund wird die Bodendenkmalsubstanz umfangreich ge- und zerstört.</p>	

Ifd. Nr.	Behörden/Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Stellungnahme	Abwägung
			<p>Sollte es nicht möglich sein, bauzeitlich genutzte unversiegelte Flächen und Wege außerhalb vermuteter Bodendenkmale anzulegen, so werden ggf. kostenpflichtige Schutz- bzw. Dokumentationsmaßnahmen notwendig.</p> <p>Die bauausführenden Firmen sind über die genannten Auflagen und Denkmalschutzbestimmungen zu unterrichten und zu ihrer Einhaltung zu verpflichten.</p> <p>Es wird darum gebeten, die Planunterlagen entsprechend der hier vorgetragenen Belange der Bodendenkmalpflege zu ergänzen bzw. zu korrigieren.</p> <p>Das BLDAM steht für eine Beratung mit der/dem Veranlasser/in der Maßnahme gern zur Verfügung und ist im weiteren Verfahren zum Bebauungsplan zu beteiligen:</p> <p>Dr. Julia Braungart, E-Mail: julia.braungart@bldam.brandenburg.de</p> <p>Hinweis:</p> <p>Es können jederzeit neue Bodendenkmale auftreten. Änderungen bzw. Ergänzungen des Bodendenkmalbestandes sind jederzeit möglich und zu berücksichtigen. Die Denkmalliste wird kontinuierlich fortgeschrieben. Die Stellungnahme erfolgt in Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse der Denkmalfachbehörde für Bodendenkmale und als Träger öffentlicher Belange. Da bei dem Vorhaben auch Belange der Baudenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie ggf. eine weitere Stellungnahme.</p>	

**Tabelle 4    Aufstellung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die zugestimmt bzw. keine Bedenken und Anregungen geäußert haben**

Nr.	Träger öffentlicher Belange	Posteingang
3	Amt Ziesar	05.01.24
5	Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg, Potsdam	08.01.24
8	Stadt Genthin	16.01.24
10	Land Brandenburg, Landesbetrieb Forst Brandenburg, Untere Forstbehörde, Bad Belzig	19.01.24
13	Land Brandenburg, Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung, Potsdam	30.01.24
14	Amt Wusterwitz Gebäude- und Grundstücksmanagement	30.01.24

### **Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit**

Es sind keine Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit eingegangen.